

Politik
gegen Selbstbestimmung
und Freiheit

Die SED und der Prager Frühling 1968

Manfred Wilke

Im Gedächtnis blieben vom „Prager Frühling“ vor allem die Bilder seines gewaltsamen Endes vor vierzig Jahren: unauslöschlich die Konfrontation sowjetischer Panzer auf dem Wenzelsplatz in Prag mit den von Angst, Wut und Verzweiflung gezeichneten Gesichtern demonstrierender Tschechen. Den Protest gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts dieses Volkes verbreiteten die Fernsehstationen weltweit – zu den Ausnahmen zählte der Deutsche Fernsehfunk in der DDR.

Die SED hatte in der öffentlichen Propaganda selbst den Eindruck erweckt, auch ihre Nationale Volksarmee sei in die CSSR einmarschiert. Nach dem Sturz der SED-Herrschaft beeilte sich deshalb die Volkskammer der DDR am 1. Dezember 1989, sich ausdrücklich für die „Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen von Staaten des Warschauer Vertrages“ im August 1968 bei den Völkern der CSSR zu entschuldigen. Heute steht fest, dass die NVA nicht mit geschlossenen Kampfverbänden 1968 in die CSSR einmarschiert war. Die beiden mobilisierten NVA-Divisionen lagen an der tschechischen Grenze in Bereitschaft. Über ihren Einsatz verfügte nicht die SED, sondern der Oberkommandierende der vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, das heißt der sowjetische Generalstab. Nachdem bekannt geworden war, dass die NVA nicht einmarschiert war, interessierte in Deutschland niemanden mehr die Rolle der SED in der Interventionskoalition.

Erst die neuere Forschung und die Öffnung der russischen Archive im Rahmen eines internationalen Forschungsprojektes zum Prager Frühling konnten die Frage klären, wer die Entscheidung traf, dass deutsche Soldaten die tschechoslowakische Grenze nach 1938 nicht noch einmal überschritten hatten. (Siehe dazu *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, hrsg. von Stefan Karner, Manfred Wilke u. a., Böhlau Verlag, Köln 2008.) Die Interventionstruppen wurden befehligt vom sowjetischen Marschall Jakubowskij. Er entschied, dass die zwei zum Einsatz bereitstehenden NVA-Divisionen strategische Reserve auf dem Territorium der DDR blieben. Es war nicht Ulbricht, der veranlasste, dass die NVA nicht einmarschierte. Diese Entscheidung des Nicht-Einmarsches fiel in Moskau. Gegenüber dem tschechoslowakischen Präsidenten Ludvik Svoboda erklärte Breschnew am 23. August im Kreml: „Es ist ganz sicher, dass keine deutschen Soldaten auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei waren. Wir haben sie zurückgehalten. [...] Unter uns gesagt, die deutschen Genossen waren beleidigt, dass man ihnen irgendwie Misstrauen entgegenbrachte.“ Der militärische Gewaltakt hat die Erinnerung an die politischen Ziele der Okkupation aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt, die von der SED mitgetragen und mitformuliert wurden: das Ende der Reformpolitik und die Restauration des Machtmonopols der Kommunistischen Partei. Mit dieser Forderung der sowjetischen Parteiführung

wurde Alexander Dubček am 23. März 1968 in Dresden konfrontiert. Auf dieser Konferenz begann der Weg zum Einmarsch am 21. August 1968.

Um die Geschlossenheit des Warschauer Paktes zu demonstrieren, bevorzugte die KPdSU in ihrer Politik gegen die Prager Reformer die enge Abstimmung mit ihren „Bruderparteien“. Dresden war der Auftakt für eine Reihe von internen Konferenzen, auf denen die Politik der Intervention beraten wurde. In Dresden schlossen die „Fünf“ – die KPdSU, die SED, die BKP, die PVAP und die USAP – die Phase der Wahrnehmung der Reformen in der CSSR als drohende „Konterrevolution“ ab. Mit dem Ergebnis konfrontierten sie die Delegation der KPC. Im Mai ging es in Moskau den „Fünf“ um verstärkten äußeren Druck, vor allem durch umfangreiche Militärmanöver in der Tschechoslowakei, um einen Abbruch der Reformen zu erzwingen. Im Juli fiel dann in Warschau die Grundsatzentscheidung zur Intervention. Die Entscheidung, „äußerste Maßnahmen“ zu ergreifen, so umschrieb die KPdSU den Marschbefehl für ihre Truppen, traf das sowjetische Politbüro erst am 17. August. Danach wurden Walter Ulbricht, Todor Schiwkow, Wladislaw Gomulka und Janosch Kadar nach Moskau einbestellt, dort unterschrieben sie zwei Tage vor dem Einmarsch die Verpflichtung, ihre Staaten an der Intervention zu beteiligen. Nach der Invasion wurden in Moskau die Politik der Restauration zwischen KPdSU und KPC und die Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR verhandelt und von der KPdSU im Rahmen der „Warschauer Fünf“ abgestimmt. Nach den Erkenntnissen russischer Historiker war der Einfluss von Walter Ulbricht und Wladislaw Gomulka auf den sowjetischen Entscheidungsprozess wichtig. Dies gilt bei Ulbricht besonders für die erste Phase, die Wahrnehmung und Bewertung der ersten Schritte der Reformpolitik in Prag. Deshalb konzentriert

sich dieser Beitrag auf die Konferenz in Dresden. Auf ihr begann die Konfrontation und formulierte die sowjetische Führung das Ziel ihrer Politik: Restauration!

Im Zenit der Macht

Am Anfang des Jahres 1968 befand sich der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, im Zenit seiner Macht. Die seit dem Berliner Mauerbau von 1961 geschlossenen Grenzen der DDR hatten ökonomische Planungssicherheit geschaffen, die Massenflucht in den Westen war unterbunden. Die SED diskutierte über eine Reform der Steuerung der Planwirtschaft und eine neue Verfassung. Letztere sollte die Eigenständigkeit des SED-Staates nach innen und nach außen unterstreichen. Die Verfassung gab die Perspektive eines vereinigten Deutschland nicht auf und bestimmte die DDR zum sozialistischen Kernstaat, der einem geeinten Deutschland seine zukünftige Entwicklung zeigen sollte. Außenpolitisch zeichnete sich die internationale Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat bereits ab.

Den Wechsel von Antonin Novotny zu Alexander Dubček an der Spitze der KPC im Januar 1968 beunruhigte die SED noch nicht. Die Forderung von Ota Sik, einen neuen Maßstab für die Legitimation der Herrschaft der Kommunistischen Partei einzuführen, wurde leise vorgetragen und drang nicht sofort über die Grenzen. Er forderte, künftig „bessere Lebensbedingungen zu schaffen und die neuen sozialen Widersprüche zu lösen“, wenn dies die Partei nicht leiste, so bestehe die Gefahr, „dass die Menschen sich vom Sozialismus abzuwenden beginnen“. Um dies zu verhindern, forderte er, „die Partei soll[e] ihr Machtmonopol aufgeben“ und ihren Stil der Parteilinie gründlich ändern. Damit hatte er den Grundgedanken der Reformer formuliert: Künftig sollte nicht mehr die leninistische Parteilinie die Macht der Partei legiti-

mieren, sondern die Lebensverhältnisse der Menschen im Sozialismus sollten künftig den Maßstab ihres Handelns bilden. Alarmiert wurde die SED-Führung erst durch die Entwicklung der nächsten Monate: die Kaderwechsel auf allen Ebenen der Parteiorganisation, Novotnys Rücktritt als Staatspräsident, die Debatte über die Rehabilitierung der Opfer der Repression Anfang der Fünfzigerjahre und vor allem durch die Aufhebung der Zensur und damit der Parteikontrolle über die Medien.

Schlüsselwort „Konterrevolution“

Ein wichtiger Baustein für die erste Positionsbestimmung des ZK-Apparates der SED im März war der Bericht des DDR-Botschafters in Prag. Peter Florin meldete nach Ost-Berlin: „Die Aktivität der oppositionellen Kräfte hat sich in den letzten Tagen verstärkt und erhält zunehmend offen konterrevolutionäre Züge“ (Dokument 0699). Die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen seien weitgehend in „gegnerischer Hand“, die Medien würden somit zu Organisatoren der „Konterrevolution“. Das Schlüsselwort für die marxistisch-leninistische Perzeption des gefährlichen Charakters der Prager Reformpolitik war gefallen. Es war ein Begriff mit handlungsleitender Bedeutung. Für die SED-Ideologen waren unter den Bedingungen der Systemkonfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus konterrevolutionäre Prozesse in sozialistischen Staaten immer ein Zusammenspiel zwischen „imperialistischer Aggression“ von außen und dem Hervortreten „feindlicher Kräfte“ in der sozialistischen Gesellschaft. Zu den wichtigsten Instrumenten der „Konterrevolution“ gehörte der ideologische Kampf gegen die regierende Kommunistische Partei. Auf dem Treffen in Dresden hielt Ulbricht mit Blick auf die Delegation der KPC eine Lektion über die Ursachen der tschechoslowakischen Krise. Am Beispiel

der aktuellen Diskussion um die Freiheit in der CSSR dozierte er über die Wechselwirkungen zwischen den inneren und äußeren Faktoren eines konterrevolutionären Prozesses und griff die „Losung der absoluten Freiheit, des Übergangs von der Diktatur zur Freiheit und so weiter“ an. „Der Gegner führt einen psychologischen Krieg. In diesem Augenblick die absolute Freiheit zu proklamieren, das wird für euch sehr teuer werden.“ Der „konterrevolutionäre“ Hauptangriff richtete sich aus dieser Perspektive immer gegen das Machtmonopol der Kommunistischen Partei. Das Schicksal des Machtmonopols der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurde zum Fokus der Wahrnehmung der Prager Reformen durch Ulbricht. In dem Bericht des DDR-Botschafters war eine ihn besonders beunruhigende Nachricht: Die Geschlossenheit der Führung der KPC existierte nicht mehr, in ihr wirkten ein „offenes“ und ein „illegales Zentrum“. Der Begriff „Zentrum“ hatte in der Parteisprache der Kommunisten eine blutige Bedeutung. Die Angeklagten der Moskauer Schauprozesse, die ab 1936 in Moskau stattgefunden hatten, wurden nach „Zentren“ unterschieden. Das „offene“ in Prag 1968 bestand aus dem Planer der Wirtschaftsreformen Ota Sik, dem Direktor des Fernsehens Jiri Pelikan, dem Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes Eduard Goldstücker und dem Schriftsteller Pavel Kohout. Die Differenzierungen in der neuen KPC-Führung wurden von Florin somit in den Verschwörungskonstruktionen der stalinistischen Schauprozesse wiedergegeben. Die Opfer der Schauprozesse in Prag zu Beginn der Fünfzigerjahre sollen gerade rehabilitiert werden.

Parallel zum ZK der KPdSU trat das ZK der SED zusammen, um die eigene Position vor dem Treffen in Dresden zu formulieren. Der Bericht des ZK-Apparates zur Entwicklung in der CSSR galt parteiintern als Sprachregelung und be-

nannte bedrohliche Punkte des Reformprozesses im Nachbarland: die Beseitigung der Zensur und die öffentlich erkennbaren Differenzierungen in der Parteiführung. Josef Smrkovsky, Ota Sik und Eduard Goldstücker wurden als Revisio-nisten bezeichnet. Die Forderung nach „Demokratisierung“ war für die SED das taktische Banner, unter dem die antisozialistischen Kräfte gesammelt werden sollten, das eigentliche Ziel war der Sturz des Sozialismus. Vor Dresden stand für die SED bereits fest: In Prag erhob der alte sozialdemokratische Revisionismus in neuer Verkleidung ideologisch und politisch sein Haupt. Bereits zwei Tage vor der ZK-Tagung übermittelte Rudolf Helmer einem Botschaftsrat der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin ihr für Moskau wichtigstes Ergebnis: „Er [Helmer] hob hervor, dass sie keine Geheimnisse vor den sowjetischen Genossen hätten und dass, wie er wüsste, die prinzipielle Beurteilung und der Zugang zu den Ereignissen in der CSSR seitens der Führungen von KPdSU und SED übereinstimmen.“

Ulbricht nutzte diese ZK-Tagung, um die neue Ostpolitik der SPD zu bewerten und sie in Verbindung zu bringen mit den Veränderungen in Prag. Für den SED-Chef war diese neue Ostpolitik eine Strategie der ideologischen Aufweichung. Für ihn suchte die SPD mit dieser Politik „Wege des Eindringens in die DDR zu finden, die DDR von innen aufzurollen, um das westdeutsche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner Bundeswehr auf Deutschland zu übertragen“. Das Ziel der deutschen Einheit war für ihn „der Hauptpunkt der Differenzen mit der sozialdemokratischen Führung“. Argwöhnisch registrierte Ulbricht daher alle Kontakte zwischen SPD und KPC in diesem Frühjahr.

Das Dresdner Tribunal

Am 15. März lud der sowjetische Generalsekretär Leonid I. Breschnew Alexan-

der Dubček zu einer Wirtschaftskonferenz der regierenden Kommunistischen Parteien nach Dresden ein. Ulbricht als Gastgeber nannte einleitend das wirkliche Thema der Konferenz. Er bat Dubček um Auskunft über die Pläne seines Zentralkomitees und die Vorbereitung des Aktionsprogramms der KPC. Er betonte das selbstverständliche Recht jeder Kommunistischen Partei, ihre Politik selbst zu bestimmen, aber keine Partei sei allein auf der Welt. „Und so können Entwicklungen in einem sozialistischen Land und die Beschlüsse einer Bruderpartei weitgehende Auswirkungen auf jede andere Partei und auch die Lage in Europa haben. Unser gemeinsamer Todfeind, der Imperialismus, schläft nicht.“

Die Intervention im August begann mit dieser Konfrontation in Dresden. Der von Dubček geleiteten Delegation der KPC hielten die Führungen der KPdSU, der PVAP, der Ungarischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Bulgarischen Kommunistischen Partei und der SED vor, in der CSSR habe ein konterrevolutionärer Prozess eingesetzt. Die Kommunistische Partei Rumäniens war bewusst nicht eingeladen worden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Breschnew: „Das Gespräch wird sehr ernst sein; [...] Ich würde daher vorschlagen, keine Protokolle zu führen.“ Dubček stimmte zu – aber Ulbricht ließ aufzeichnen.

Dubček musste zunächst die Politik seiner Partei darlegen. Nach seinen Ausführungen trug Breschnew sein Urteil über die Entwicklung in der CSSR vor und erklärte unverblümt, es gehe nicht um die Diskussion mit der KPC über die Reformen, sondern um die Abstimmung einer gemeinsamen Bewertung dieser Veränderungen. Die anderen vier Parteien folgten der von ihm vorgegebenen Linie. Breschnews Schlüsselwort zur Lagebeschreibung hieß wie in Ost-Berlin „Konterrevolution“, die von „einer ganzen Gruppe oder ganzen Zentren“ im öf-

fentlichen Leben der CSSR organisiert werden würde. Für ihn waren die „Hauptprozesse“ der letzten Wochen „öffentliche Attacken gegen das Zentralkomitee“ und eine „Verleumdung“ aller „Errungenschaften“ der letzten fünfundzwanzig Jahre, und „das wird dann in Westdeutschland, in Amerika, in Österreich überall nachgedruckt“. Der antisozialistische Hintergrund all dieser Kampagnen schien für Breschnew kein Geheimnis: Er sah ihn in den Tendenzen eines „tschechischen Sozialismus“. Um dieses Urteil über die Gefahr eines Systemwechsels im Inneren zu unterstreichen, schob er die Frage nach: „Ja, was soll danach noch kommen?“

Was wolle der Gegner? Das sei die Schlüsselfrage im Kampf gegen die „Konterrevolution“.

Begrenzte Souveränität

In dieser Debatte um die Eigenständigkeit sozialistischer Staaten und deren Kommunistischer Parteien formulierte der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin den Grundgedanken der später so genannten „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten. Für ihn diente die Dresdner Tagung der Unterstützung der KPC im Kampf gegen die „Konterrevolution“. Direkt an Dubček gewandt, sprach er davon, dass hier „die Unterstützung für die Tschechoslowakei im Kampf um ein sozialistisches und kommunistisches tschechoslowakisches Land geschmiedet wurde, [...] denn die Sache der Tschechoslowakei ist unsere gemeinsame Sache, und wir überlassen diese Sache nicht unserem Feind, was uns das auch kosten möge!“.

Breschnew personalisierte den Begriff der „Konterrevolution“ und griff Josef Smrkovsky direkt an. Er zitierte dessen Interview im *Westdeutschen Rundfunk*: „Wir sind davon überzeugt, dass das, was wir unternehmen, ein Beispiel sein wird

für die Genossen anderer sozialistischer Länder. Das hat er gesagt! Er versichert der Bundesrepublik, dass das, was sie tun, für alle ein Beispiel sein wird. Wir werden das machen und verwirklichen und glauben, dass das interessant sein wird sowohl für die Sozialisten Deutschlands als auch für die Sozialisten anderer westlicher Länder, sagte er.“ Direkt an Dubček gewandt, merkte der sowjetische Parteichef an: „[Und Sie] geben ihm eine gute Einschätzung, ehrlich und so weiter.“ Mit dem Beispiel Smrkovskys demonstrierte er zugleich die Führungsschwäche vom Präsidium und ZK der KPC: „In der Parteipraxis ist es nicht üblich, dass irgendein Kohleminister oder Forstminister das ZK ersetzt und für die Bundesrepublik Interviews gibt, und zwar ein antisozialistisches, antikommunistisches Interview, für das man Millionen Dollar zahlen könnte. [...] Wie ist das, das ZK wusste nicht, dass es ein solches Interview gibt?“ Breschnews nächster Anklagepunkt war Smrkovskys Verhältnis zur Sowjetunion. „Der gleiche Smrkovsky sagt: Na ja, was heißt, die Sowjetunion habe 100 000 Soldaten verloren, aber die Tschechen haben auch verloren und warum? Die Partei hat so viele Fehler gemacht.“ Wieder an die Delegation der KPC gewandt, fällt er sein Urteil: „Das heißt, liebe Genossen, hinter Ihrem Rücken führt dieser von Ihnen gepriesene Politiker seine antisozialistische, antiparteiliche Tätigkeit durch.“ Noch einmal zitierte er das WDR-Interview. Die Frage, was in der CSSR unternommen werde, beantwortete Smrkovsky aus Breschnews Sicht mit einer Kampfansage: „Vielleicht etwas, was noch keine kommunistische Partei gemacht hat, nämlich die Verbindung des Sozialismus mit der Freiheit.“ Breschnew stellte klar, die KPdSU betrachte die Vorgänge in der CSSR nicht als „Experiment“, sondern als „durchdachtes Vorhaben“, einen Systemwechsel herbeizuführen. Diese Auffas-

sung wurde am Schluss seiner Rede sehr deutlich, als er seine Forderung an die Adresse der KPC formulierte: Die Führung sollte das Machtmonopol der Partei in der Tschechoslowakei behaupten und die „Konterrevolution“ aus eigener Kraft niederschlagen. Hierbei könne sie auf die Hilfe der KPdSU zählen. Um dieses Ziel schließlich ohne und gegen Dubček durchzusetzen, erfolgte am 21. August der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes. Das Ziel der Restauration der Diktatur wurde schon in Dresden formuliert. Was die anderen Parteiführer von Dubček erwarteten, wiederholte in Dresden Polens Parteichef Wladislaw Gomulka: „Wir sind der Auffassung, dass es heute noch möglich ist, diesen Gefahren zu begegnen, ich würde sagen, auf friedlichem Wege zu begegnen, allerdings mit einer energischen Gegenoffensive, die unserer Meinung nach die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gegen die konterrevolutionären Kräfte, gegen die reaktionären Kräfte unternehmen müsste.“

Die Hilfszusagen der PVAP, der SED, der USAP und der BKP bekam Dubček sofort. Jede der Parteien übermittelte der KPC darüber hinaus spezifische Botschaften. Das Protokoll vermittelt den Eindruck einer durchdachten Inszenierung. Das begann mit dem „Geständnis“ des Angeklagten Dubček, dem „Plädoyer“ Breschnews, dem die SED, die BKP, die PVAP und die USAP zustimmten, damit wurde eine einheitliche Linie geschaffen, die zum verbindlichen Interpretationsrahmen für die Prager Ereignisse wurde. Die PVAP und die USAP erinnerten die KPC an die Lehren aus den „konterrevolutionären Erfahrungen“ des Jahres 1956. Ungarns Parteichef Janos Kadar lieferte eine historische Analogie, um Breschnews Urteil zu unterstreichen: „Dieser Prozess ist äußerst ähnlich dem Prolog der ungarischen Konterrevolution zu der Zeit, als sie noch keine Konterrevolution war. Das

heißt, das ist der Prozess, der sich in Ungarn vom Februar 1956 bis Ende Oktober vollzog. Und wir bitten Sie, darüber nachzudenken.“ Danach rückten sowjetische Panzer in Budapest ein.

Weichenstellung in Dresden

Die SED übernahm es, das Zusammenspiel von westlicher Einmischung und dem Auftreten der „Gegner“ im Lande zu verdeutlichen und an den Kampf des sozialistischen Lagers gegen den Imperialismus zu erinnern. Ulbricht begann mit der besonderen Lage der DDR und der ideologischen Bedrohung durch die westdeutsche Berichterstattung über die Vorgänge in der CSSR. Er sprach von der „Anheizung des psychologischen Krieges“ und bezog sich explizit auf Breschnews Ausführungen zu Smrkovskys WDR-Interview. Das Lob der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK für die Politik der SPD in ihrem Bericht über deren Nürnberger Parteitag im März 1968 war für Ulbricht Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Der KPC kündigte er an, die SED werde nun zu all dem nicht länger schweigen, sondern öffentlich die „gegnerischen Argumente widerlegen“. Nach einer Lektion über die Ursachen der jetzigen Lage, die er im Versagen der ideologischen Arbeit in der KPC suchte, beschrieb er den aktuellen Nutzen, den der Westen propagandistisch aus der Entwicklung in der CSSR zog: „In einer Situation, wo wir alle daran interessiert sind, dass das sozialistische Lager und die Warschauer Vertragsstaaten einmütig auftreten, jetzt, wo der USA-Imperialismus mit der Globalstrategie in einer schwierigen Lage ist, ausgerechnet in dieser Situation fangt ihr an, eure eigene Partei zu diskriminieren, gebt ihr dem Gegner Material zur Kampagne gegen die sozialistischen Länder, und der westdeutsche Imperialismus nutzt das selbstverständlich aus und führt eine massive Kampagne.“ In seiner

Analyse der neuen Taktik des Gegners – er habe aus dem Fehlschlag der ungarischen „Konterrevolution“ gelernt – behandelte er die Bedeutung der Pressefreiheit für die künftige Entwicklung. Wenn sie so sei wie in der CSSR, wo ungehindert eine „Plattform der Konterrevolution in der gegenwärtigen Etappe“ publiziert werden könne, ohne dass dies unterbunden werde, dann führe die Pressefreiheit direkt „zur Konterrevolution“.

Ulbricht forderte von Dubček, die KPC müsse in ihrem Aktionsprogramm „konkret sagen, was in der Vergangenheit war, was man korrigieren muss, wie man die Lage einschätzt und welche Gefahren durch das revisionistische Auftreten bestimmter Intellektueller entstanden sind“. Dubček und seine Führung müssten öffentlich sagen, „welche Gefahren vorhanden sind“. Provozierend spitzte er die Frage zu: „Werden Sie auch den Mut haben zu sagen, dass es bei Ihnen konterrevolutionäre Kräfte unter westlichem Einfluss gibt, die versuchen, ihre Geschäfte zu machen?“ Mit der Akzentuierung von Blockloyalität und Systemkonflikt vertrat Ulbricht immanent die deutschlandpolitischen Interessen der SED und versuchte so auch, Sonderverhandlungen der CSSR mit der Bundesrepublik über die Normalisierung der staatlichen Beziehungen vorzubeugen.

Die Dresdner Konferenz bedeutete für den Verlauf der tschechoslowakischen Krise eine Weichenstellung. Mit der Behauptung, die Haupttendenz der Entwicklung laufe seit dem Januar-Plenum der KPC auf die „Konterrevolution“ hinaus, gab die KPdSU die Lagebeurteilung vor. Unterstützt von der SED, der PVAP, der BKP und der USAP, forderte sie von Dubček und seiner Führung die Restauration des Machtmonopols der KPC und damit den Abbruch ihres Reformkurses, der in der Person

von Smrkovsky stigmatisiert wurde. Dieses politische Ziel wurde danach nicht mehr revidiert. Als es von den Moskau-treuen Kräften in der KPC aus eigener Kraft nicht mehr realisiert werden konnte, erfolgte der militärische Eingriff von außen. In jeder Phase vollzog die SED diese sowjetische Interventionspolitik uneingeschränkt mit. Diese Tatsache sollte in der deutschen Erinnerungskultur an die zweite Diktatur nach Hitler nicht unter den Tisch fallen.

Ironie der Geschichte

Der Prager Frühling als Selbstreform einer kommunistischen Parteidiktatur wurde gewaltsam unterdrückt und das Ziel der Restauration des Machtmonopols der KPC für zwanzig Jahre durchgesetzt. Kossygin hatte in Dresden die möglichen Kosten dieser Politik für die Sowjetunion angesprochen, sie sollten eintreten. Die KPdSU hatte demonstriert, dass es keine Selbstreform der kommunistischen Parteidiktatur gibt, sie lässt es nicht zu. Als die ökonomische und politische Krise der sowjetischen Gesellschaft Mitte der Achtzigerjahre sichtbar wurde und der neue Generalsekretär der KPdSU Michail S. Gorbatschow sie durch Reformen lösen wollte, betrat er den Weg der Prager Reformer von 1968. Nur diesmal erfolgte der von Ulbricht 1968 befürchtete Systemwechsel gründlich. In den Herbstrevolutionen 1989 wurden die kommunistischen Regime in Mittel-Osteuropa gestürzt und 1991 die Sowjetunion aufgelöst. Die gewaltsame Unterdrückung des Prager Frühlings von 1968 war eine entscheidende Zäsur für den Niedergang des sowjetischen Imperiums und zugleich ein Beispiel für einen friedlichen Übergang von einem sozialistischen zu einem demokratischen Staat. Das macht seine Bedeutung für die europäische Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts aus.